



---

## Haushalts- und Finanzausschuss

74. Sitzung (öffentlich)

15. Januar 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 15:40 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenografen: Franz-Josef Eilting, Michael Roeßgen, Günter Labes

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- |          |  |          |
|----------|--|----------|
| <b>1</b> | <b>Gesetz über die Entlastung des Haushalts und über die Erhebung eines Entgeltes für die Entnahme von Wassern aus Gewässern - Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - (Haushaltsbegleitgesetz 2004/2005)</b> | <b>1</b> |
|          | Gesetzentwurf der Landesregierung<br>Drucksache 13/4528 - Neudruck   |          |
|          | Vorlagen 13/2564, 13/2565, 13/2566 und 13/2579 (Berichte der Fachausschüsse)   |          |
|          | Vorlagen 13/2582 und 13/2586 (Änderungsanträge der Fraktionen)   |          |
|          | Ausschussprotokolle 13/1077 und 13/1081  |          |
|          | Zuschriften siehe Ausschussprotokolle bzw. Teilnehmerverzeichnisse   |          |
|          | Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung  |          |

*(Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksache 13/4890 - mit den beigehefteten Vorlagen der Fachausschüsse enthält in den Anhängen 1 bis 3 die gestellten Anträge mit Begründung und auf den Seiten 20 bis 22 die Abstimmungsergebnisse. In diesem Protokoll werden nur die in der Drucksache nicht dargestellten Diskussionsbeiträge wiedergegeben.)*

**Artikel 5: Gesetz zur Änderung des Ersatzschulfinanzgesetzes** 1

**Artikel 7: Gesetz über die Erhebung eines Entgelts für die Entnahme von Wasser aus Gewässern (Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - WasEG)** 7

Nach der abschließenden Beratung entscheidet der Ausschuss über die **Änderungsanträge** (s. Drucksache 13/4890, S. 20 ff.).

In der **Schlussabstimmung** wird der **Gesetzentwurf** der Landesregierung - Drucksache 13/4528 (Neudruck) - unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP **angenommen**.

Berichterstatter: Rüdiger Sagel (GRÜNE)

**2 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005** -

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/4502, 13/4582, 13/4614, 13/4660 (1. Ergänzung) und 13/4860 (2. Ergänzung)

Vorlage 13/2516 (Ergebnis des Berichterstattergesprächs)

Vorlage 13/2518 (Änderungsanträge)

Vorlage 13/2639 (Bericht des Fachausschusses)

Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung

*(Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksache 13/4817 - mit dem beigehefteten Bericht des Fachausschusses enthält auf den Seiten 7 bis 11 im Wesentlichen die in der Sitzung abgegebenen Stellungnahmen sowie den Wortlaut der gestellten Anträge mit Begründung und die Abstimmungsergebnisse. Auf eine Wiedergabe der Diskussion wird daher in diesem Protokoll ebenso verzichtet wie auf die Darstellung der Abstimmungen über die Änderungsanträge.)*

In der **Gesamtabstimmung** wird der **Gesetzentwurf** der Landesregierung - Drucksachen 13/4502, 13/4582, 13/4614, 13/4660 und 13/4860 - unter Einbeziehung der Ergebnisse des Ausschusses für Kommunalpolitik und unter Berücksichtigung der heute beschlossenen

Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP zur zweiten Lesung **angenommen**.

Berichtersteller: Erwin Siekmann (SPD)

- 3 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)** 11
- Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 13/4500 (Neudruck), 13/4660 (1. Ergänzung) und 13/4860 (2. Ergänzung)  
Drucksache 13/4501 (Finanzbericht 2003 bis 2007)  
Vorlage 13/2445 (Gegenüberstellung der Haushaltsgesetze 2003 und 2004/2005)  
Vorlagen 13/2501 bis 13/2515 (Ergebnisse der Berichterstattergespräche)  
Vorlagen 13/2517, 13/2551, 13/2553, 13/2592  
Vorlagen 13/2518 bis 13/2520 (Änderungsanträge der Fraktionen)  
Vorlagen 13/2600 bis 13/2612, 13/2614 bis 13/2630, 13/2632 bis 13/2636, 13/2638, 13/2639, 13/2642 bis 13/2646 (Berichte der Fachausschüsse)  
Aufgerufen sind ferner alle zum Haushalt eingegangenen Zuschriften
- (Die Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksachen 13/4800 bis 13/4806, 13/4808, 13/4810 bis 13/4816 mit den jeweils beigehefteten Berichten der Fachausschüsse enthalten im Wesentlichen die in der Sitzung abgegebenen Stellungnahmen, den Wortlaut der gestellten Anträge mit Begründung sowie die Abstimmungsergebnisse. In diesem Protokoll werden nur Diskussionen wiedergegeben, die in den genannten Drucksachen nicht dargestellt worden sind.)*
- Generalaussprache** 11
- a) Berichterstattung der Unterausschüsse des Haushalts- und Finanzausschusses sowie Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung** 12
- Personaletat (aller Einzelpläne)** 12
- Bericht des Unterausschusses "Personal"  
Vorlage 13/2600

	<b>- Landesbetriebe und Sondervermögen (aller Einzelpläne)</b>	13
	Bericht des Unterausschusses "Landesbetriebe und Sondervermögen" Vorlage 13/2601	
c)	<b>Berichterstattung der Fachausschüsse sowie Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung</b>	14
	<b>Einzelplan 02 - Ministerpräsident</b>	14
	<b>Einzelplan 08 - Ministerium für Verkehr, Energie und Landespla- nung</b>	15
	<b>Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirt- schaft und Verbraucherschutz</b>	16
	<b>Einzelplan 15 - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit</b>	16
d)	<b>Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung</b>	17
	<b>Text des Gesetzentwurfs 2004/2005</b>	17
	In der <b>Gesamtabstimmung</b> wird der <b>Gesetzentwurf</b> der Landesregie- rung - Drucksachen 13/4500 (Neudruck), 13/4660 und 13/4860 - unter Einbeziehung der Ergebnisse der Fachausschüsse und unter Berück- sichtigung der soeben beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stim- men der Fraktionen der CDU und der FDP zur zweiten Lesung <b>ange- nommen</b> .	
	Berichterstatte(r)in: Gisela Walsken (SPD) (Haushaltsgesetz und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes)	
	Berichterstatte(r): Manfred Palmen (CDU) (Personalhaushalt)	

**3 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/4500 (Neudruck), 13/4660 (1. Ergänzung) und 13/4860 (2. Ergänzung)

Drucksache 13/4501 (Finanzbericht 2003 bis 2007)

Vorlage 13/2445 (Gegenüberstellung der Haushaltsgesetze 2003 und 2004/2005)

Vorlagen 13/2501 bis 13/2515 (Ergebnisse der Berichterstattergespräche)

Vorlagen 13/2517, 13/2551, 13/2553, 13/2592

Vorlagen 13/2518 bis 13/2520 (Änderungsanträge der Fraktionen)

Vorlagen 13/2600 bis 13/2612, 13/2614 bis 13/2630, 13/2632 bis 13/2636, 13/2638, 13/2639, 13/2642 bis 13/2646 (Berichte der Fachausschüsse)

Aufgerufen sind ferner alle zum Haushalt eingegangenen Zuschriften

*(Die Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksachen 13/4800 bis 13/4806, 13/4808, 13/4810 bis 13/4816 mit den jeweils beigehefteten Berichten der Fachausschüsse enthalten im Wesentlichen die in der Sitzung abgegebenen Stellungnahmen, den Wortlaut der gestellten Anträge mit Begründung sowie die Abstimmungsergebnisse. In diesem Protokoll werden nur Diskussionen wiedergegeben, die in den genannten Drucksachen nicht dargestellt worden sind.)*

**Zur Generalausprache:**

Zu dem **Deckungsantrag der Fraktion der FDP** (s. Anhang 3 zu Drucksache 13/4800) auf Rückführung der **Steinkohle-Subventionen** bemerkt **Edith Müller (GRÜNE)**, die Koalitionsfraktionen hätten sich auf einen Subventionsabbau in bestimmten Schritten verständigt. Der Deckungsvorschlag der FDP-Fraktion sei schon deshalb nicht seriös, weil das Land verpflichtet sei, die Zuwendungen an die Ruhrkohle AG auszuführen. Sie könne sich nicht vorstellen, dass die FDP-Fraktion als Rechtsbrecher auftreten wolle. Voraussetzung für eine Veränderung sei, einen neuen Konsens zwischen Bundesregierung, Ruhrkohle AG und dem Land Nordrhein-Westfalen, notifiziert durch die EU, herzustellen. Die FDP möge glauben, dass sie das erreichen könne; haushaltswirksam werde das 2004/2005 auf keinen Fall. Sie verstehe deshalb diesen FDP-Antrag als polemische Breitseite, nicht aber als soliden Deckungsvorschlag.

**Rüdiger Sagel (GRÜNE)** fügt hinzu, die FDP würde sicherlich ernster genommen, wenn sie nicht in wenigen Jahren fünf Mal ihre Position geändert hätte. Sie sei angetreten mit der Forderung "Ausstieg aus der Kohle bis 2015". Danach habe es "Ausstieg bis 2010" geheißen. Vor eineinhalb Jahren habe die FDP-Fraktion den Landtag mit der

Forderung "Sofortiger Ausstieg" konfrontiert. Im letzten Sommer, als es eine Koalitionskrise gegeben habe, habe sich die FDP plötzlich der SPD angenähert. Jetzt sei sie wieder bei der Forderung "Sofort Subventionen auf Null" angekommen, was bedeute, einen Vertrag aufzukündigen, den ein FDP-Wirtschaftsminister seinerzeit unterschrieben habe, und alle Bergleute auf die Straße zu setzen. So könne man aber keine Politik machen.

Die Grünen verfolgten demgegenüber eine konsequente Linie. Sie wollten keinen dauerhaft subventionierten Bergbau in Nordrhein-Westfalen, aber eine klare Perspektive mit vernünftigen Regelungen, wie es künftig weitergehe.

**a) Berichterstattung der Unterausschüsse des Haushalts- und Finanzausschusses sowie Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung**

**- Personaletat (aller Einzelpläne)**

Bericht des Unterausschusses "Personal"

Vorlage 13/2600

**Manfred Palmen (CDU)** stellt fest, im Haushaltsplan 2004 seien 308.583 Stellen ausgebracht. Das bedeute einen Abbau von nur 991 Stellen, d. h. 0,3 %, gegenüber dem Vorjahr. Nordrhein-Westfalen gebe über 58 % der Steuereinnahmen für Personal aus. Die CDU-Fraktion halte den Zeitpunkt für gekommen, gemeinsam zu erörtern, ob man es sich leisten könne, fast 13.000 kw-Stellen, die jetzt insbesondere durch die Arbeitszeiterhöhung neu aufgetreten seien, erst in 10 oder 15 Jahren zu erwirtschaften. Die Pensionslawine schwelle weiter an. Von den jährlich 8.000 Beamtinnen und Beamten, die pensioniert würden, seien rund 7.000 Lehrerinnen und Lehrer, für die ein Nacherersatz erforderlich sei, sodass ein Stellenabbau sehr schwierig werde. Weil die Kosten weiterhin davonliefen, sei es notwendig, auch über andere Maßnahmen nachzudenken.

**Minister Jochen Dieckmann (FM)** teilt die Sorge um die Entwicklung der monetären Folgen der Personalausstattung. Auf der anderen Seite werte er es als Erfolg, dass es, wenn auch mit großen Anstrengungen, gelungen sei, immerhin 1.000 zusätzliche Lehrerstellen bereitzustellen.

Er bitte zu berücksichtigen, dass das Land mit dem Abbau der kw-Stellen, die sich aus dem bisherigen Prozess der Aufgabenkritik ergeben hätten, Ende 2007 fertig gewesen wäre, wenn es jetzt nicht die Arbeitszeitverlängerung gegeben hätte. Personalausgaben ließen sich nach seinem Grundverständnis nur dann effektiv reduzieren, wenn man bei dem Prozess der Aufgabenkritik weiterkomme. Die Landesregierung werde diesen Prozess weiter betreiben und den Landtag auf dem Laufenden halten.

**Helmut Diegel (CDU)** erinnert Frau Müller daran, dass sie in Dortmund davon gesprochen habe, alles zu unternehmen, um den Pensionsfonds einzurichten. Die CDU-Fraktion habe deutlich gemacht, dass man dies auch unter Wahrung des Münsteraner

Urteils erreichen könne. Er würde gern von den Koalitionsfraktionen wissen, warum sie sich jetzt doch anders entschieden hätten.

**Edith Müller (GRÜNE)** bestätigt, dass sie seit Jahren für den Kapitalstock werbe. Sie persönlich bedaure sehr, dass es nicht gelungen sei, zwischen den Koalitionsfraktionen Konsens für eine Konstruktion zu erzielen, wonach - auf der Basis von 36 Millionen € - für jeden neuen Einzustellenden eine entsprechende Rücklage gebildet werde. Allerdings gebe es im Einzelplan 20 einen Zufließvermerk, wonach nicht verausgabte Mittel aus der Obergruppe 4 dem bestehenden Pensionsfonds zufließen. Das werde im Haushalt 2004/2005 fortgesetzt.

Parallel dazu bereiteten die Koalitionsfraktionen einen Entschließungsantrag, indem die Landesregierung aufgefordert werde, einen rechtlichen Rahmen für einen Kapitalstock für alle neu einzustellenden Beamten zu schaffen. Die Rückflüsse, die bereits jetzt in den bestehenden Fonds fließen, sollten gesondert ausgewiesen werden und als Anfangskapital in den Kapitalstock kommen. Das Gesetzgebungsverfahren solle im Jahr 2004 stattfinden.

#### **- Landesbetriebe und Sondervermögen (aller Einzelpläne)**

Bericht des Unterausschusses "Landesbetriebe und Sondervermögen"  
Vorlage 13/2601

Zum Bau- und Liegenschaftsbetrieb stellt **Norbert Post (CDU)** fest, von den mittelfristig versprochenen Einsparungen von jährlich 250 Millionen DM sei nichts zu sehen. Darüber hinaus habe Ministerpräsident Steinbrück im Jahre 2000 den Wert des Besitzes des Landes mit 28 Milliarden DM beziffert. Zurzeit liege die Bewertung durch den BLB bei 9,7 Milliarden €, also deutlich darunter. Er frage sich, ob womöglich zu gering bewertet worden sei, um nachher bei Verkäufen zusätzliche Einnahmen darstellen zu können. Auch bei der Bilanzstruktur sei einiges im Argen: Das Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren sei eingeführt worden, worin auch ein Spartopf für den Landeshaushalt zu sehen sei. Er meine, der Grundsatz der Haushaltsklarheit und -wahrheit gebiete, die Ressourcen deutlicher aufzudecken.

**StS Dr. Noack (FM)** legt dar, die Gremien des BLB, insbesondere der Verwaltungsrat, dem ja auch Mitglieder des Landtages angehörten, beschäftigten sich mit all diesen Fragestellungen sehr kritisch.

Zunächst dürfe er aber darauf hinweisen, dass es mit der Schaffung des BLB gelungen sei, ein wichtiges Teilstück der Verwaltungsreform auf den Weg zu bringen. Allein aufgrund dieses Moduls der Verwaltungsreform seien Wirtschaftlichkeitsreserven bei der Anmietung der Räume für die Landesverwaltung erschlossen worden. Dass das Facility-Management auf den BLB übergegangen sei, der es aber nicht selbst betreibe, sondern Handwerkergemeinschaften der Region einbeziehe, sei auch ein wichtiges Stück Verwaltungsreform. Die staatliche Bauverwaltung, die sich in der Zukunft nicht mehr so wie bisher mit Planen und Bauen, sondern mehr mit Entwickeln, Veräußern und Mana-

gen des Liegenschaftsvermögens befasse, sei in ihrem wichtigen Reformprozess nach seiner Überzeugung schon ein Stück vorangekommen.

Sodann kommt der Staatssekretär zu einigen Details: Wie auch anderswo seien Schätzungen zum Zeitpunkt der Gründung des BLB mit Risiken behaftet. Zu keinem Zeitpunkt sei aber eine Schätzung, wie Herr Post sie skizziert habe, vorgenommen worden, um stille Reserven zu bekommen, die später gehoben werden könnten. Durch die Marktlage träten im Zuge von Veräußerungen auch Abweichungen von Schätzungen in die eine wie in die andere Richtung auf, sodass auch seriöse Schätzungen lediglich Näherungswerte darstellten.

**VA Krähler (FM)** geht auf das vom Abgeordneten Post angesprochene Thema Reformrendite ein und führt aus, unter dem 18.11.2003 habe der Unterausschuss BLB die Vorlage 13/2423 des Finanzministeriums erhalten, die den Wirtschaftsplan 2004/05 behandle und ab Seite 6 ausführliche Daten zur Reformrendite enthalte, die aus folgenden fünf Quellen stamme: Flächeneinsparungen, Cash-in durch Aufgabe von Fremdanmietungen, Gebäudewirtschaft, Personaleinsparung, effizienter Einsatz von Instandhaltungsmitteln. Haushalterische Auswirkungen fänden sich in den Jahren 2003, 2004, 2005 im Einzelplan 12 aus der erheblichen Erhöhung der Tilgungen auf das innere Darlehen. Insofern sei man den angemahnten Informationspflichten nicht nur nachgekommen, sondern habe auch das tatsächliche Erwirtschaften der Reformrendite belegt.

**Gisela Walsken (SPD)** ergänzt die Ausführungen um den Hinweis, dass auf Seite 154 im Einzelplan 12 unter dem Stichwort „Übrige Einnahmen“ in den Titeln 161 00 und 182 00 genau das Ist 2002, das Soll 2003 und die Ansätze für die Jahre 2004 und 2005 ausgewiesen würden.

**Helmut Diegel (CDU)** führt aus, wenn der Staatssekretär mit seinen Ausführungen gemeint habe, es habe nie eine Beauftragung gegen, um eine Reservekasse aufzubauen oder stille Reserven zu sammeln, dann stimme er ihm zu. Es aber schon in den 90er-Jahren eine intensive Diskussion im Haushalts- und Finanzausschuss darüber gegeben, ob man die Liegenschaften des Landes Nordrhein-Westfalen katastermäßig erfassen und wie man sie bewirtschaften solle. Dazu habe es ein Gutachten mit drei verschiedenen Lösungsmöglichkeiten und mit drei prognostizierten, aber bisher nie erreichten Erträgen gegeben. Auf diese Erträgniszahlen hätten seine Kollegen abgehoben. Über das das bisherige Ergebnis sei seine Fraktion sehr enttäuscht.

### **c) Berichterstattung der Fachausschüsse sowie Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung**

#### **Einzelplan 02 - Ministerpräsident**

**Helmut Diegel (CDU)** weist darauf hin, dass es unter der Titelgruppe 63 - **Förderung des Ehrenamtes** - bei Kapitel 02 020 Titel 547 63 eine Veränderung gegeben habe und



Haushalts- und Finanzausschuss

15.01.2004

74. Sitzung (öffentlich)

rß

für die CDU-Fraktion insbesondere nach dem Berichterstattergespräch der Eindruck entstanden sei, als handele es sich hier um eine Wahlkampftour für die in 2004 und 2005 anstehenden Wahlen. Es sehe so aus, als erhalte der Ministerpräsident ein Taschengeld von 225.000 € als Wahlgeschenk. Bisher habe es so etwas in den Haushalten nicht gegeben. Man betrachte das als Zumutung.

**Minister Jochen Dieckmann (FM)** tritt in aller Form der Unterstellung von Herrn Diegel entgegen. Es handele sich hier nicht um Mittel für eine Wahlkampfveranstaltung, sondern um Mittel für die Fortsetzung einer vom Ministerpräsidenten bereits gut eingeführten Übung im Land, das Ehrenamt aufzuwerten; dafür sollten die logistischen Voraussetzungen geschaffen werden.

#### **Zum CDU-Antrag 02/03:**

**Edith Müller (GRÜNE)** bittet die CDU-Fraktion, ihren Antrag heute nicht zur Abstimmung stellen zu lassen, weil versucht werde, eine gemeinsame Initiative aller Fraktionen für den Weltjugendtag 2005, wenn der Papst nach NRW komme, zustande zu bringen.

**Helmut Diegel (CDU)** begrüßt, dass die Koalitionsfraktionen das Vorhaben wohl unterstützen. Der Antrag werde heute nicht zur Abstimmung gestellt, aber auch nicht zurückgezogen. Interfraktionell könne dann über das weitere Vorgehen und die Festsetzung der Summe verhandelt werden.

**Vorsitzender Volkmar Klein** hält fest, damit werde dieser Antrag formal in der dritten Lesung des Ausschusses behandelt.

#### **Einzelplan 08 – Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung**

##### **Zu den CDU-Anträgen 08/02 bis 08/07:**

**Helmut Diegel (CDU)** spricht aus aktuellem Anlass die Aufgabenträgerpauschale an. Nach einem Zeitungsartikel habe der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag erklärt, laut Beschluss im Verkehrsausschuss bekomme jeder Kreis für Planung und Organisation des Nahverkehrs künftig pro Jahr noch 150.000 €. Da diese Regelung erst zum 1. April greife, gelte das alte Zuschussmodell noch anteilsgemäß für die ersten drei Monate. Pro Kreis werde es in diesem Jahr also insgesamt 237.500 € geben. Er bitte diese Aussage zu erläutern und mitzuteilen, was eigentlich gelte.

**MR Kröger (MVFL)** informiert, die Koalitionsfraktionen hätten sich im Verkehrsausschuss darauf verständigt, nicht dem Vorschlag der Landesregierung zu folgen, sondern die Aufgabenträgerpauschale zu kürzen. Da das Haushaltsbegleitgesetz aber erst

nach dessen Verkündung in Kraft trete, seien die Kürzungen der Aufgabenträgerpauschale so bemessen worden, dass die Aufgabenträger in den ersten beiden Monaten noch die nach dem derzeitigen Gesetzesstand vorgesehenen Pauschalen von jeweils 500.000 € erhielten. Die Kürzung im Jahr 2004 greife erst ab dem 1. März. Im Jahr 2005 werde sie dann für das volle Jahr zur Anwendung kommen.

**Rüdiger Sagel (GRÜNE)** legt dar, der Regierungsvorschlag sei auf Kritik gestoßen, weil dieser in seiner Konsequenz dazu geführt hätte, dass insbesondere ÖPNV-Angebote im ländlichen Raum reduziert worden wären. Das hätten die Koalitionsfraktionen nicht gewollt. Deswegen sei es zu dem gerade vom Ministeriumsvertreter vorgetragenen Beschluss gekommen. Es werde den Städten weiterhin ermöglicht, diese Beträge teilweise für konkrete ÖPNV-Projekte einzusetzen. Die gefundene Lösung erscheine wesentlich besser, weil diese im Prinzip dazu führe, eher Kürzungen bei Verwaltungsaufgaben vorzunehmen, statt das konkrete Angebot für die Bürger zu reduzieren.

#### **Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Auf die entsprechende Frage des **Vorsitzenden Volkmar Klein** bestätigt **Minister Jo-chen Dieckmann (FM)**, bei der Vorbereitung der Haushaltspläne habe die Landesregierung alles unternommen, um die EU-Kofinanzierung wo immer möglich zu sichern. Dies sei im Einzelplan 10 auf das Beste gelungen.

#### **Einzelplan 15 - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit**

**Wolfgang Dietrich (CDU)** will wissen, ob wie beim Einzelplan 10 auch beim Einzelplan 15 eine optimale Ausschöpfung der EU-Mittel aufgrund der neuen Haushaltsansätze bei den kofinanzierten Mittel erfolge.

**MDgt Dr. Berg (FM)** bestätigt Änderungen beim Einzelplan 15 in der zweiten Ergänzungsvorlage und macht darauf aufmerksam, dass in diesem Bereich ein nur noch aus EU-Mitteln finanziertes neues Programm jetzt nicht mehr vom Land kofinanziert werde und zudem die Verausgabung nicht mehr zentral über die Bundesanstalt für Arbeit, sondern regional vor Ort erfolge. Zu diesem Zweck sei eine neue Titelgruppe für das auf mehrere Jahre aufgeteilte 195 Millionen € starke Programm aufgenommen worden. Die Kofinanzierung erfolge jetzt über Dritte, etwa Unternehmen, die Arbeitsmarktverwaltung oder auch Kommunen.

Eine weitere Änderung gebe es bei den Programmen „Jugend in Arbeit“ und „Arbeit statt Sozialhilfe“, die entgegen den ursprünglichen Planungen, sie Mitte des Jahres auslaufen zu lassen, bis Ende des Jahres noch fortbeständen und kofinanziert würden. Ab Anfang nächsten Jahres flössen diese Programme dann ins Hartz-IV-Programm ein.

**d) Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung****Text des Haushaltsgesetzes 2004/2005****Zu § 4 Haushaltsgesetz:**

**Helmut Diegel (CDU)** hält den von der FDP-Fraktion vorgelegten Änderungsantrag **HG/01** für folgerichtig, insbesondere vor dem Hintergrund, dass unüblicherweise eine Ermächtigung ohne den Ausweis von Zahlen vorgesehen werde. Die CDU-Fraktion unterstütze diesen Antrag, weil durch Streichung dieser Ermächtigung nur noch über einen Staatsvertrag eine Regelung gefunden werde könne.

**Edith Müller (GRÜNE)** teilt mit, die Koalitionsfraktionen hätten sich darauf verständigt, § 4 Abs. 14 in der Weise zu ändern, dass der Minister zwar eine Ermächtigung erhalte, diese aber der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses unterliege. Deshalb werde der FDP-Antrag abgelehnt.

gez. Volkmar Klein

Vorsitzender

ba/14.05.2004/24.05.2004

242